

# Europa am Scheideweg

## Kein Abgleiten in eine bloße Transferunion im Zeichen der Finanz- und Staatsschuldenkrise

Von Bertram Schefold

### Zwei Ideen von Europa

Es kann nicht verwundern, dass man bei den vielen Improvisationen, die bei der Bewältigung der Krise nötig werden, leicht die Ziele der Einigung aus dem Auge verliert und die Vision eines Vereinigten Europa verschwimmt. Die moderne Europabewegung geht auf Vereinigungen wie die Paneuropa-Bewegung (Graf Coudenhove-Kalergi) zurück. 1929 schlug Briand als französischer Außenminister eine europäische Union mit föderalistischer Struktur vor. Die Widerstandsbewegungen während des Zweiten Weltkriegs (auch die deutsche) verlangten eine europäische Zusammenarbeit. 1950 folgten der Schumann-Plan, dann Montanunion und Europäische Zollunion, bis 1957 die Römer Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und von EURATOM unterzeichnet wurden: Man hatte sich entschieden, die politische Integration Europas auf dem Weg über eine wirtschaftliche Zustände zu bringen; Kerneuropa bestand aus den Benelux-Ländern, Deutschland, Frankreich und Italien. Die Gründer verfolgten eine pragmatische Politik, wollten aber ideell nicht nur nationalistische Feindseligkeit überwinden, sondern handelten auch aus

einem gemeinsamen europäischen Bildungs- und Geschichtsbewusstsein heraus.

1959 erfolgte die Gründung eines zweiten Kreises in anderem Sinne integrationswilliger europäischer Staaten (Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Portugal, Schweden, Österreich, Schweiz). Die beiden Konzepte waren wesentlich verschieden. Die EFTA wollte wenigstens innerhalb ihres Kreises die Ziele des alten Liberalismus verwirklichen. Die EWG strebte darüber hinaus. Die Agrarpolitik sollte die Grundlagen für einen einheitlichen Wirtschaftsraum schaffen und dazu geographische und historische Vor- und Nachteile in der landwirtschaftlichen Produktion ausgleichen. Für die Märkte waren gemeinschaftliche Institutionen zu errichten. Im Rückblick erscheint die Dualität dieser beiden Europakonzeptionen durchaus begründet. Nicht nur in England, sondern auch in Skandinavien und der Schweiz war der angelsächsische Liberalismus mit seinem Prinzip des freien Handels befreundeter Nationen traditionell stärker als der Wille, sich in ein transnationales Gebilde politisch, wirtschaftlich und kulturell zu integrieren. Auch wusste man, dass Großbritannien zwischen dem Engagement auf dem Kontinent und dem Commonwealth schwankte. 1973 kam es durch die Beitritte Dänemarks, Großbritanniens, Irlands zur Norderweiterung der Europäischen Gemeinschaft und damit zu einer Verwässerung der alten Integrationsziele Kerneuropas. Angesichts der gegenwärtigen Debatten zwischen Großbritannien und den meisten Mitgliedern der Europäischen Union, die nach wie vor eine politische Einigung grundsätzlich anstreben oder anzustreben behaupten, wie sie Großbritannien nach wie vor vermeiden möchte, fragt man sich, ob es nicht für beide Teile besser gewesen wäre, wenn sie an dem friedlich rivalisierenden Nebeneinander zweier verschiedener Europakonzepte festgehalten hätten.

Das für die gegenwärtige Lage entscheidende Moment war zweifellos die Einführung einer Währungsunion. Alle früheren und die nachfolgenden Integrations Schritte hatten gemeinsam, dass man auf dem jeweils erreichten Stand der Integration stillstehen konnte, ohne dringend genötigt zu sein, entweder Integrations Schritte zurückzunehmen oder, um stabil zu bleiben, die Integration weiter voranzutreiben. Die Währungsunion hat sich dagegen als instabil erwiesen. Um die von ihr ausgehenden Störungen zu bemeistern, sind schon zahlreiche zusätzliche Integrations Schritte notwendig geworden, ohne dass Stabilität bereits erreicht wäre, und ich behaupte mit

vielen Andern, dass sie auch nicht erreicht werden wird, wenn Euroland nicht eine eigene Staatlichkeit erreicht, denn nur ein Staat kann durch Planung in Bereichen wie Verkehr, Verteidigung, Bildung regionale Schwächen überwinden und dann noch nötige Transfers demokratisch kontrollieren. Ohne Staatlichkeit wird Europa zurückfallen durch Wiedereinführung nationaler Währungen.

### Folgerungen

Die Preisgabe des Euro wäre teuer. Sie verbände sich mit einem gewaltigen Prestigeverlust, sie hätte aber auch monetäre Kosten. Deutschland müsste mit einer starken Aufwertung fertig werden, und der Katzenjammer könnte auch funktionierende europäische Institutionen gefährden. Andererseits sind Auflösungen sogar von Staaten ohne Krieg und zum wirtschaftlichen Vorteil der Gliedstaaten vorgekommen, wie die Spaltung der Tschechoslowakei, das Auseinandergehen von Tschechien und der Slowakei, beweist. Die Auflösung Eurolands wäre weniger als die Auflösung eines Staats. Die bloße Transferunion andererseits ist für Deutschland keine erfreuliche Option, weil deutsche Bürger zwar zahlen müssten, aber keine Mitsprache bei der Verwendung hätten.

die Abhängigkeit von keynesianischen Stabilisatoren. De facto ist Euroland einer Transferunion schon recht nahe. An Eurolands Spitze steht allerdings nicht eine demokratisch gewählte Regierung – Europäische Kommission und Europäisches Parlament sind für die EU, nicht für Euroland zuständig –, sondern die an einen Club gemahnende Vereinigung der Staats- und Regierungschefs Eurolands. Der Club verhandelt in unregelmäßigen Abständen nächtelang mit je nach den Wahlen wechselnder Zusammensetzung bei entsprechender Schwankung der persönlichen Harmonien mit immer neuen Improvisationen (Fiskalpakt); so ersetzt er (schlecht) die in Euroland fehlende echte Regierung.

Warum wird dieser höchst unbefriedigende und allseits als unbefriedigend empfundene Zustand nicht überwunden? Eine nicht unwesentliche Schwierigkeit sehe ich nach wie vor in der schwankenden Haltung der Briten. Sie können die Europäische Union nicht leichten Herzens verlassen, da große wirtschaftliche Interessen sie an diese binden. Stellen wir uns gleichwohl vor, sie wären nicht dabei. Infolgedessen würden EU und Euroland weitgehend übereinstimmen. Die seit sechzig Jahren geschaffenen Institutionen der europäischen Ei-

elle bilaterale Verträge, ähnlich wie die Schweiz, mit der EU verbunden.

Einen weiteren Grund, weshalb die europäische Einigung nicht vorankommt, sehe ich in der für mich evidenten Forderung, dass die Nationalstaaten ihre Souveränität nicht nur an eine europäische Zentrale, sondern auch nach unten an die Regionen abgeben müssten, schließlich bis an den Punkt, wo zumindest die großen europäischen Nationalstaaten ganz verschwänden. Das „Europe des patries“, das Charles de Gaulle einst verfocht, wäre niemals zum Staat geworden. Für eine echte Dezentralisierung, unter Aufwertung der Regionen und Gewährung ihrer besonderen fiskalischen Rechte und Pflichten, spricht viel: alte regionale Traditionen, die wieder aufleben könnten, auch in Absprachen zwischen Regionen über bestehende nationalstaatliche Grenzen hinweg, die Belebung des Bürgersinns durch größere Nähe der Verwaltung und größere Selbstverantwortung, das negative Bild eines Europa als zentralistischen Molochs, das es durch ein positives zu ersetzen gilt, und schließlich das Bestreben, eine Umverteilung ohne demokratische Kontrolle zu vermeiden.

Wir fragen uns, wer zum Vorkämpfer einer solchen vorwärts gerichteten Europapolitik werden könnte. Die Gründerväter Europas in den fünfziger Jahren konnten solche Ziele mit größerer Überzeugung in sich tragen und vertreten, weil sie dem alten europäischen Humanismus noch näher standen als eine gegenwärtige Generation, die von den europäischen Werten infolge einer anderen Erziehung weniger geprägt wurde und die durch die von der Globalisierung mitgerissenen Medien in andere Richtungen davongetragen wird. Gerade angesichts der Globalisierung wäre es wichtig, das Projekt einer europäischen Staatlichkeit schon um des Einflusses Europas in der Welt willen nicht aufzugeben, aber ohne ein europäisches Bewusstsein wird man die dem Einigungsprozess entgegenstehenden Kräfte nicht überwinden.

So läuft es schließlich darauf hinaus zu erkennen, dass das Schicksal Europas sich jetzt entscheidet – oder jedenfalls recht bald –, denn selbst wenn es gelingen sollte, die Krise der Währungsunion diesmal noch ohne Staatenbildung zu überwinden, werden ähnliche Krisen aus ökonomischen Gründen doch sicher wiederkehren, wodurch die eigentlich jetzt zu lösende Frage erneut gestellt würde. Für die Entwicklung eines europäischen Bewusstseins aber kenne ich keine andere Grundlage als das Bewusstsein der europäischen geschichtlichen Entwicklung.

## Überblick

Aktuell	2
Forschung	8
International	14
Kultur	15
Campus	16
Impressum	17
Bücher	18
Bibliothek	19
Freunde	20
Studium	21
Menschen	22
Termine	23

Der nächste UniReport (4/2013) erscheint am 5. Juli 2013, Redaktionsschluss ist der 14. Juni 2013.



Foto: Dettmar

In der letzten Ausgabe des UniReport befasste sich Prof. Werner Plumpe mit dem „Kapitalismus und seinen Kritikern“.

**Professor Dr. h.c. Bertram Schefold**, Professor für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftstheorie an der Goethe-Universität, zeichnet in seinem Essay die Entwicklung zweier unterschiedlicher Ideen von Europa nach und setzt sie in Bezug zur aktuellen Finanz- und Staatsschuldenkrise. Schefold sieht Europa an einem Scheideweg und bricht eine Lanze für das „Projekt einer europäischen Staatlichkeit“.

Im nächsten UniReport-Essay wird Prof. Tim Engartner die Bedeutung ökonomischer Bildung erörtern.

Dabei ist die deutsche Position keineswegs konsequent und von Widersprüchen frei. Die Maastricht-Kriterien hat man selbst nicht eingehalten, trotz der Friedensdividende, die Deutschland durch die Beendigung des Kalten Krieges genoss. Die Bürgerschaftsverpflichtungen durch den europäischen Stabilitätsmechanismus wurden hingenommen, obwohl man sich dadurch an der Grenze des vom Grundgesetz Gestatteten bewegte. Den Deutschen war und ist die Politik der EZB überwiegend unheimlich (Target-Salden, ELA, OMT), obwohl auch die deutschen Exporte durch diese Politik gefördert wurden. An ordoliberalen Grundsätzen wird bekenntnishaft festgehalten, aber man kennt auch

nigung würden dann nach der Logik der Dinge nicht völlig automatisch, gewiss nicht ohne Reibungen, aber doch leichter und schneller als jetzt zur Übertragung von Souveränitätsrechten an eine zur Regierung weiter zu entwickelte Kommission in Brüssel unter Kontrolle durch das Europäische Parlament führen. Aber wer kann gegenwärtig wagen, wesentliche Schritte zur Preisgabe der nationalen Souveränität vorzuschlagen, solange es sicher ist, dass sich die Engländer dem entgegenstellen werden? Und hier darf man tatsächlich „Engländer“ sagen, denn die Schotten denken etwas anders. Wir befänden uns in einer anderen Lage, wäre Großbritannien bei der EFTA verblieben und wäre nur durch spezi-